

UMBAU KOORDINIEREN UND NICHT AUSSTEIGEN

Energiewende Netzausbau, Wasserstoffhochlauf, Wärmeversorgung: Auf der E-World diskutierte die Branche kontrovers, wie das Ziel Klimaneutralität erreicht werden kann



Wichtige Weichen für das Gelingen der Energiewende werden aktuell gestellt. Die Klimaziele und die Dekarbonisierung werden auch das Geschäftsmodell der Stadtwerke nachhaltig verändern. Bild: © Eakrin/Adobe Stock

Hans-Peter Hoeren, München

Wie kann Deutschland bis 2045 klimaneutral werden? Braucht man dafür noch Gasnetze? Hat Wasserstoff künftig eine Rolle bei der Wärmeversorgung von Gebäuden oder ist dies Wärmepumpen und Fernwärme vorbehalten? Wie muss der Stromnetzausbau dimensioniert sein? Um diese Fragen ging es beim Seminar »EVUs, Netzbetreiber und Klimaneutralität: Zukunft gestalten und Chancen nutzen«, das von der E-World sowie Rödl & Partner veranstaltet wurde.

Christoph Gatzten, Associate Director bei Frontier Economics, bezog hierzu klar Position: »Wir dürfen nicht überschätzen, was wir dem Stromsystem und dessen Umbau in 23 Jahren zumuten können.« Um das Stromsystem nicht zu überfordern, sei die zum Teil bereits bestehende Infrastruktur für grüne Gase elementar.

Im Wärmemarkt gebe es viel Saisongeschäft, das sich über Wärmepumpen nicht auffangen lasse. Man werde es allein »mit all-electric nicht hinbekommen«. Gerade

bei Gebäuden sowie Mehrfamilienhäusern, die eine umfangreiche Sanierung benötigten, um die entsprechenden Vorlauftemperaturen zu gewährleisten, sollte man eher auf Grüngas setzen.

»Wir brauchen hier einen breiteren Ansatz, um nicht nur von einem Pfad abhängig zu sein.« Der Fokus sollte auf der Koordination des Umbaus des Energiesystems liegen, nicht auf der Koordination des Ausstiegs. Bei Technologieoffenheit und Mitdenken eines globalen Wasserstoffmarktes könne die erwartete H₂-Nachfrage bis 2030 gedeckt werden.

Diskussion über Gasnetz-Rückbau

Man brauche klare Entscheidungen, um die Klimaziele zu erreichen und den Unternehmen eine Richtung vorzugeben, argumentierte hingegen **Barbara Saerbeck**, Projektleiterin Grundsatzfragen bei der Denkfabrik Agora Energiewende. »Ich will nicht ausschließen, dass irgendwann eine andere Lösung kommt, aber aktuell brauchen wir die Wärmepumpen und eine klare Entscheidung.« Auch sie sei für Technologieoffenheit. Aktuell sei diese Diskussion aber eher hinderlich, als dass sie helfe.



Christoph Gatzten
Associate Director bei
Frontier Economics.

Bild: © Frontier Economics

»Um das Stromsystem nicht zu überfordern, ist die bestehende Infrastruktur für grüne Gase elementar.«

Saerbeck erneuerte die Forderung einer zügigen und rechtssicheren Umsetzung des Rückbaus und der Stilllegung des deutschen Gasnetzes. Ohne einen proaktiven Umgang mit dem wegfallenden Geschäftsmodell drohten Stranded Investments.

Dem widersprach **Markus Wörz**, Leiter Politik beim Stadtwerkeverbund Thüga, entschieden: »Wir werden nicht all diese Leitungen benötigen und umwidmen müssen, aber einen Teil schon. Und da finde ich es grob fahrlässig zu sagen, baut schon mal schön zurück.« Im Koalitionsvertrag sei vielmehr ein Dialogprozess vorgesehen, der im Herbst/Winter starten und einen rechtssicheren Rahmen schaffen soll.

Kommunen sollen entscheiden

»Wir brauchen sowohl grüne Elektronen als auch Moleküle«, so Wörz. Es gebe nicht die eine Technologie. Letztlich gelte es, im Rahmen einer technologieoffenen Wärmeplanung den Kommunen einen entsprechenden Baukasten bereitzustellen, aus dem die jeweilige Stadt dann nach den individuellen Gegebenheiten vor Ort eine Auswahl treffen könne.

Matthias Koch, Partner bei Rödl & Partner, erinnerte an die großen wirtschaftlichen Risiken für Gasnetzbetreiber. »Sie haben Milliarden investiert, die abgeschrieben werden müssen.« Eine wirtschaftliche Abfederung wie beim Atomausstieg gebe es aber nicht, dieses Geld fehle für wichtige Zukunftsinvestitionen. »Hier braucht es Antworten der Politik; aktuell sind die Risikoauflage für Strom- und Gasnetze identisch.«

Große Flexibilitätspotenziale

»Wir brauchen jeden Energieträger«, lautete hingegen das Plädoyer von **Benjamin Richter**, Partner bei Rödl & Partner. Wichtig sei ein regulatorischer Rahmen, der die Nutzung regionaler Energieträger, etwa von Geothermie und Abwärme, anreize.

Ohne signifikante Nutzung der Flexibilitäten in den Verteilnetzen ließe sich der erforderliche Umbau des Energiesystems und der Netze, gerade auch mit Blick auf den Fachkräftemangel, kaum stemmen, warf **Marco Greve**, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens »ef.Ruhr« ein. Deutschlandweit ließen sich so Potenziale heben, die die Errichtung »teurer Spitzenlastkraftwerke und Elektrolyseure« überflüssig machten. Auch der netzdienliche Einsatz von Flexibilität müsse kommen.

Die Übertragungsnetzbetreiber arbeiten aktuell am ersten Netzentwicklungsplan nach Verschärfung des Klimaschutzgesetzes 2021. Als Langfrist-Horizont wird ein Klimaneutralitätsnetz mit drei Szenarien verankert.

Hier erwarte man sich Signale von der Politik, wie der Ausbau im Norden und Süden erfolgen soll, sagte **Tetiana Chuvilina-Büschgens**, Leiterin Politik Deutschland bei Tennet. »Wir werden immer in einen Engpass laufen, wenn die Elektrolyseure nicht in Küstennähe verortet sind.« Die Standorte der Elektrolyseure seien entscheidend für den HGÜ-Ausbaubedarf onshore.